

quantitativen, sondern auch von einer qualitativen Verbesserung der Produktion durch den Achtstundentag Rechenschaft ablegen. Zu ähnlichen Ergebnissen haben auch die Arbeiterferien geführt.

Aber nicht nur mittelbar wird die Produktion durch die Verkürzung der Arbeitszeit gefördert. Auch die Verbesserung der Technik, der Entlohnungsmethoden der Arbeitsorganisation (Serienproduktion, Arbeiterauslese) sind nach den Feststellungen der Enquete Folgen der Einführung des Achtstundentages.

Nicht der sozialistische Fortschritt, sondern der mangelhafte Ausbau mancher sozialpolitischer Einrichtungen hat auf den Gang der Produktion hemmend gewirkt.

So die Krise der beruflichen Ausbildung, die die Entwicklung der Qualitätsarbeit hindert, die Krise des Wohnungswesens, die nicht nur hohe Kosten und Zeitverluste bei langen Wegen zur Arbeitsstätte verursacht, sondern auch der Verlegung des Sitzes mancher Industrieanlagen im Wege steht.

Die dringlichste Forderung der unmittelbaren Nachkriegszeit, das Problem der Produktionsvermehrung, hat bald dem der Hebung des Absatzes Platz gegeben. Die Menge der industriellen Produktion ist heute für die Nachfrage nicht zu klein, sondern zu groß. Auch landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Baumwolle, Hanf, Flach, Kautschuk, die zur industriellen Verwertung bestimmt sind, teilen das Schicksal der industriellen Produktion. An Stelle des Warenmangels tritt ein Warenüberfluß, an Stelle des Lonnagemangels ein Ueberfluß an Lonnage. Die vom Stapel gelassene Lonnage in den Vereinigten Staaten macht im Jahre 1922 weniger als die Hälfte der Vorkriegsmenge aus. Die Gufeisenproduktion der Welt sinkt 1921 unter die Hälfte der Vorkriegsproduktion. Die technische Ausrüstung übertrifft die Bedürfnisse des Weltmarktes. Die im Bereiche des Arbeitsamtes angeführte Erklärung Hoovers, wonach die amerikanische Industrie dank der technischen Fortschritte in der Lage sei, einem jeden Verbraucher die gleiche Warenmenge wie vor zehn Jahren zu liefern und trotzdem zwei Millionen Arbeiter zu entlassen, paßt in gewissem Grade auch auf die europäischen Verhältnisse. Während in der Defizitkrise der Produktion die aktuellste sozialpolitische Frage der Achtstundentag war, wird die Zeit der Arbeitskrise von dem Problem der Arbeitslosenfürsorge beherrscht.

Nach der Schätzung des Arbeitsamtes betrug der durch die Arbeitslosigkeit verursachte Lohnverlust 1921 in Belgien 158, in Schweden 127,2, in Norwegen 214,7, in Dänemark 221,5 Millionen Goldfrank. In den Ländern, die durch die Krise in höherem Maße betroffen wurden, mußte der Lohnausfall der Arbeitslosen eine noch höhere Stufe erklommen haben. Die Abwehrmaßnahme, die das Kapital gegen die Krise zu ergreifen pflegt, die Einschränkung der Produktion, wirt sich in Lohnverlusten der Arbeiterklasse aus. Es besteht die Tendenz, die Lasten der Krise auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Die Arbeiterklasse wehrt sich gegen diese Tendenz, die im Berichte über die Produktionsenquete mit einer Fülle von Daten nachgelesen wird, mit der Arbeitslosenfürsorge. Die Arbeitslosenfürsorge, die Arbeitslosenversicherung wird von den Unternehmern mit der gleichen Heftigkeit bekämpft wie früher der Achtstundentag. Und ihre Rolle ähnelt der des Achtstundentages.

Der Achtstundentag ist ein Ansporn zur technischen und organisatorischen Vervollkommnung der Privatwirtschaft; die Arbeitslosenfürsorge ist ein Antrieb zu einer Organisation der Volkswirtschaft, die der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten vermag.

Ein Staat, der seinen Arbeitslosen keine ausgiebige Unterstützung gewährt, erteilt damit dem Kapitalismus eine Prämie, die mit Hilfe der Produktionseinschränkung die Nachteile der Krise auf Kosten ihrer Arbeiter für sich auszuschalten trachtet.

Die Sozialpolitik bleibt unter den verschiedensten Gestaltungen des modernen Wirtschaftslebens — und das ist die wichtigste Lehre der Produktionsenquete — nicht nur ein Mittel zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft, sondern ein Hebel für den technischen und organisatorischen Fortschritt der Produktion. J. R.

Wir fordern Mitbestimmung an der Wirtschaftsführung!

Die gesamten Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben an die Reichsregierung und an die Regierungen der Länder eine Eingabe gerichtet, in der erneut und dringend um die beschleunigte Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern ersucht wird. Bei dieser Umgestaltung sollen die Leitfähige des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, die Feinerzeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemeinsam anerkannt wurden, entsprechende Berücksichtigung finden.

In der Eingabe heißt es:

„Die maßgebenden Organisationen der deutschen Wirtschaft waren im Jahre 1922 bei der Aufstellung vorgenannter Leitfähige von der Erwartung ausgegangen, durch die Umgestaltung der Kammern eine Lösung für den im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Unterbau des Reichswirtschaftsrats zu finden und den Unterbau vor, zum mindesten aber gleichzeitig mit dem endgültigen Reichswirtschaftsrat verwirklicht zu sehen. Die deutschen Gewerkschaften bedauern, daß der vorliegende Entwurf eines Mantel- und eines Ausführungsgesetzes, betr. den endgültigen Reichswirtschaftsrat, diesem Standpunkte nicht Rechnung trägt. Es erscheint nicht tragbar, den Oberbau der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsvertretungen, den endgültigen Reichswirtschaftsrat, zu bilden, ohne gleichzeitig auch den Unterbau, d. h. die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern und die Einrichtung der Bezirkswirtschaftsräte durchzuführen. Diese völlig einseitig, nur von den Unternehmervertretern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern wachsen sich, wie das aufsehenerregende Vorgehen auf der kürzlich in Essen stattgefundenen Tagung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen und des südwestfälischen Industriebezirks mit aller Deutlichkeit zeigten, zu einer immer größeren

Gefahr für die deutsche Wirtschaft und den sozialen Frieden

aus. Auf der Essener Tagung der Industrie- und Handelskammern brachten es in der Deutlichkeit weithin bekannte Wirtschaftsführer unter dem Beifall der Anwesenden fertig, i m N a m e n

der Wirtschaft Forderungen gegen die Arbeitnehmer aufzustellen, die wegen ihrer Tragweite nur als Kampfansage aufgefaßt werden können. Die Wirtschaft soll frei sein von allem Zwang (d. h. soweit er zugunsten der Arbeitnehmer besteht). Den Kartellen der Unternehmer soll möglichst weitgehende Freiheit gewährleistet sein. Der Wirtschaftsfriede soll nicht auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeiterorganisationen, sondern durch neue Arbeitsgemeinschaft in den Betrieben, d. h. durch gelbe Werksgemeinschaften herbeigeführt werden. Die Werksleitungen sollen die Führung solcher Gebilde, in denen der Arbeitnehmer lediglich Objekt sein soll, selbst in die Hand nehmen. Der Achtstundentag und die Ratifikation des Washingtoner Abkommens seien zu verworfen, das staatliche Schlichtungswesen zu beseitigen, die „sozialen Lasten“ zu hoch, die Sätze der Erwerbslosenfürsorge müßten herabgedrückt werden, die Tarifverträge seien schädlich. Ferner müsse verhindert werden, daß noch länger von Beamten, Lehrern, Juristen und Gewerkschaftssekretären wirtschaftsschädigende Gesetze gemacht werden.

Die deutschen Gewerkschaften betonen mit Entschiedenheit, daß es nicht Aufgabe der Industrie- und Handelskammern ist, in dieser unerhörten Art und Weise gegen berechnete Belange und Lebensfragen der deutschen Arbeitnehmer Stellung zu nehmen. Sie wenden sich ferner nachdrücklich dagegen, daß die bisher nur von Unternehmern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern das Recht haben, n a m e n s der deutschen Wirtschaft Anträge, Gutachten und Beschlüsse zu fassen. Zur Wirtschaft gehören auch, und zwar nicht in letzter Linie, die 70 Proz. des deutschen Volkes ausmachenden Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften fordern deshalb aus Gründen des Staatswohls, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens, daß die Berufsorganisationen und Persönlichkeiten der Arbeitnehmerbewegung durch Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Berufskammern der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden.“

Der Buchhandel in alter und neuer Zeit.

Dieses Thema ist schier unerschöpflich, existiert ein Buchhandel oder besser gesagt, ein Handel mit Handschriften doch lange vor der Erfindung der Buchdruckerkunst.

Die Erfindung der „Schwarzen Kunst“ und die Reformation mit ihren Auswirkungen sind zwei unzerrennliche Begriffe, eins begründete das andere. Zur Zeit der Reformation blühte die Flugschriftenliteratur. Ihr Wesen liegt in möglichst schneller Verbreitung. Da aber der sog. Buchhandel bzw. der Vertrieb von Handschriften und Büchern durch die meist einmal im Jahre hier und dort (hauptsächlich in Frankfurt a. M. und Leipzig) stattfindenden Messen und Märkte erfolgte, griff man zu einem Mittel, das uns heute ein Lächeln abzwängt. Die Drucker wanderten nämlich mit einer Handpresse von Ort zu Ort und setzten ihre „Ware“ frisch ab. Der Drucker war also gleichzeitig Verleger und Buchhändler. Doch nicht allein bei der Flugschriftenliteratur finden wir die Vereinigung von Druck und Verlag, sondern auch und dies dann in der Hauptsache, beim Buch im allgemeinen. Die Drucker-

verleger hatten natürlich festen Wohnsitz und besuchten die Messen, besonders die Frankfurter und die Leipziger. Erstere wurde gegen Ende des 17. Jahrhunderts von Leipzig überholt und verlor durch deren Aufschwung sehr bald an Bedeutung.

Von welch großem Einfluß die Messen für den Buchhandel waren, geht daraus hervor, daß zunächst durch sie allein ein Absatz zu erzielen war. Dann aber gaben sie Gelegenheit zur Anbahnung von neuen Geschäften und, nachdem sich der Verleger vom dem Drucker getrennt hatte (eine Entwicklung, die hauptsächlich ihren Grund in dem oft zu großen Risiko und vor allem in dem erhöhten Kapitalbedarf hatte), Gelegenheit zur Erledigung geschäftlicher Abmachungen mit Druckern, Papierhändlern usw. Dann waren auch die Messen Zahlungsort und, wie heute noch die Leipziger Buchhändlermesse, Zahlungstermine.

Im 16. Jahrhundert hatte sich eine eigenartige Methode des Buchhandels bzw. des Betriebes eingebürgert. Die Verleger tauchten untereinander ihre Verlagswerte. Soudsoviel Bogen eines bestimmten Formates wurden gegen eine gleiche An-

Um die Gesundheit des Volkes!

Das Reichsministerium des Innern veranstaltete mit den maßgebenden Körperschaften eine Reichsgesundheitswoche. Diese war fast überall mit mehr oder minder bedeutenden Ausstellungen verbunden. Es beschlich uns dabei nur immer das Gefühl, daß die dort gezeigten Errungenschaften nur einem geringen Teil der Menschheit zugute kommen und daher für die große Masse vorläufig noch eine fata Morgana bilden. Die Gesundheit ist für die berufstätigen Volksschichten das höchste Gut, sie muß daher als ein nationales Gut angesehen werden, da der Wirtschaftswert, die Arbeitsfähigkeit und der Reichtum einer Nation von ihr abhängt. Nicht immer sind diese Grundsätze beachtet worden, obwohl die Reichsverfassung allerhand schöne Worte dafür enthält. Im Gegenteil, man hat den sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiter immer die größten Schwierigkeiten bereitet.

Doch neben den Leistungen zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit, die auf den Ausstellungen demonstrativ gezeigt wurden, sah man auch viele Elendsbilder. Die ungeheuren Wirkungen der Proletariatskrankheit, der Tuberkulose, die Schäden der Berufs- und Gewerbetrankheiten, die Volksgeißeln der Geschlechtskrankheiten und vieles andere wurde in abschreckenden Bildern dargestellt. Erschütternde

Anklagen gegen die moderne Gesellschaftsordnung!

Denn ein großer Teil dieser Krankheiten ist vermeidbar, wenn die Massen des Volkes in besseren Werkstätten arbeiten könnten, wenn den Forderungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Sozialhygiene und der Sozialpolitik mehr Beachtung geschenkt und ihr nicht Hemmnisse über Hemmnisse in den Weg gelegt würden. Und wenn man an diesen Elendsbildern vorüberging, dann mußte man unwillkürlich an jenen Feldzug denken, den die Unternehmerorganisationen seit Wochen und Monaten gegen die Höhe der sogenannten sozialen Lasten führen. Soziale Lasten nennt man das, was

Die nst am Volke, an der gesamten Menschheit sein sollte!

„Gesunde Glieder sind das Kapital des Arbeiters!“
So konnte man es in großen Lettern lesen. Krankentassen waren es, die das soziale Gewissen der Nation durch diese Worte wachrufen wollten. Mögen sie ihre Wirkung nicht verfehlen. Und möge vor allem die Arbeiterklasse sich diese Worte einprägen, denn an ihr liegt es in erster Linie, ihre gesunden Glieder zu schützen. Sie darf nicht leichtsinnig mit ihrem einzigen Gut umgehen, sondern muß es hüten und pflegen.

Auch der werdenden Menschheit wurde gedacht. „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.“ Dieser Grundgedanke in § 1 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt sollte die Besucher der Ausstellungen auf das wichtige Gebiet der Kindererziehung und Jugendpflege hinweisen. Und wenn man die verkrüppelten Gestalten, diese jungen Menschentinder mit dem Todesteim im Leibe, in Bildern an den Wänden sah, dann vermögen wir uns nichts vorzustellen, was aufreizender wirken könnte.

Die Reichsgesundheitswoche mit ihren Ausstellungen war in ihrem tiefsten Kern eine große Propaganda für die Gewerkschaften.

Was die Gewerkschaften und die von ihnen beeinflussten Organe, Krankentassen, Gesundheitsämter usw. bisher trotz aller Schwierigkeiten zu leisten vermochten, das machte den guten Kern der Ausstellungen aus. Und all die Schäden der Volksgesundheit, jene Schrecken der Menschheit, harren noch der Ausmerzung, müssen von einer tiefgehenden Sozialpolitik überwunden werden zum Wohle der gesamten Menschheit. Das Ausmaß der Ueberwindung, der Grad ihrer Schnelligkeit ist abhängig von der Stärke der Gewerkschaften. Diese zu stärken und in ihrer inneren Schlagkraft zu festigen, mußte die Ueberzeugung sein, die jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte aus dem Verlauf der Reichsgesundheitswoche zu ziehen hat.

Leipzig, sein Heim das „Buchhändlerhaus“, ein geschmackvoller, großartig angelegter Bau, dem sich seit 1899 das „Deutsche Buchgewerbehaus“ angeschlossen hat. Das amtliche Organ des „Börsenvereins“ ist das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“, das sechsmal in der Woche erscheint.

Alle Einrichtungen und Gründungen des „Börsenvereins“ aufzuzählen, würde zu weit führen, erwähnen wollen wir nur noch die Errichtung der „Deutschen Bücherei“. Ihre Gründung erfolgte zu dem Zwecke, die gesamte deutsche Buchproduktion vom 1. Januar 1913 ab zu sammeln.

Nach alter Buchhändlergepflogenheit findet alljährlich die große Abrechnung der deutschen Buchhändler in Leipzig statt, und zwar zu Kantate, der „Buchhändler-Kantate“.

Wenn auch die Art und Weise der Abrechnung durch den modernen Geschäftsbetrieb sich in anderen Formen als den früheren bewegt, so hat die „Kantate“ doch ihre Bedeutung behalten. Und obwohl viele Verteiler diese nicht mehr moderne und in heutigen Zeiten schwer durchführbare Einrichtung abgeschafft wissen wollen oder schon die Abschaffung durchgeführt haben, so bleibt Kantate doch der Zeitpunkt, an dem sich die deutschen Buchhändler zusammenfinden und über das Wohl und Wehe ihres Berufes beraten und durch ihre Beschlüsse und Anregungen die Geistesproduktion unseres Volkes heben und fördern helfen.

Aus der Praxis des Limierers.

Im nachfolgenden will ich versuchen, einige Winke und Anleitungen aus der Praxis für den angehenden Limierer folgen zu geben. Während fast alle Sparten der Buchbinderei, Vergolden, Marmorieren, Ledertechnik und wie sie alle heißen, über eine oft reichhaltige Literatur verfügen, ist für den Limierer kein einziges solcher Nachschlagewerk vorhanden, was bei der praktischen Tätigkeit wohl schon von manchem Kollegen als Mangel empfunden wurde.

Das Haupterfordernis für den Limierer ist die genaue Kenntnis und sachgemäße Behandlung seiner Maschine. Zunächst ist die Maschine sorgfältig zu reinigen. Öl und etwa verschüttete Farbe sind stets sofort zu entfernen. Jede Woche muß die Maschine gründlich von aus den Lagern gelaufenem Öl sowie von dem angefallenen Papierstaub gereinigt werden. Die Sawwellenlager und die darin laufenden Teile der Sawstangen werden vor jeder größeren Auflage gereinigt und mit frischem Öl versehen. Die übrige Maschine muß mindestens einmal in der Woche durchgeölt werden. Ist eine Maschine neu aufgestellt, dann muß sie solange täglich geölt werden, bis sie sich „eingelassen“ hat. Als Schmieröl sollte nur beste Ware verwendet werden, da die sehr schnell rotierenden Walzenzapfen den Graphit, der geringwertigeren Ölen beigelegt ist, sehr rasch herausmahlen, und dann stecken die Lager voll von einer schwarzen Schmiere, die natürlich beim Arbeiten sehr hinderlich ist.

Da man bei der wöchentlichen Reinigung nicht an alle kleinen Teile der Maschine gelangen kann, müssen bei Arbeitspausen oder sonst passenden Gelegenheiten die Schutzvorrichtungen abgenommen, die Gummiwalzen und überhaupt alle Teile, die in montiertem Zustand schwer zugänglich sind, herausgenommen und gereinigt werden. Gleichzeitig wird man bei dieser Arbeit die Filze oder Laufräder reinigen. Bei den Systemen mit Einführloch nimmt man dieses am besten ganz heraus. Bei dem eigentlichen Limierloch, das über den Zylinder führt, nimmt man nur die Stahlwalzen, die innerhalb desselben liegen, heraus und reinigt den Filz über dem Zylinder in der Weise, daß man mit einer guten Wollbürste und etwa 2 Liter warmem Wasser, dem ½ Liter Spiritus oder Salmiakgeist beigelegt ist, fräftig den ganzen Filz durchtränkt. Dadurch werden die Lächer farb- und staubfrei. Der etwaige Koff, der sich auf dem Zylinder ansetzt, verschwindet nach einstufigem Gang der Maschine von selbst.

Nach dem Trocknen der Filze und nachdem die Maschine an den schwerer zugänglichen Stellen gereinigt ist, wird sie wieder zusammengesetzt, wobei darauf zu achten ist, daß jeder Teil und jede Walze an den richtigen Platz kommt. Man soll sich immer gleich durch Drehen der Teile überzeugen, daß sie

zahl und Größe gegeben. Auf den Inhalt der Bücher kam es nicht an. Der Verleger war also gleichzeitig Sortimentler und sogar Antiquar. Die durch den Laichverkehr ungeschwollenen Lager suchte man durch „Berramschen“ und Auktionen zu entlasten.

Nach und nach bildeten sich aber andere Vertriebsformen heraus, durch die wiederum Verleger und Sortimentler getrennt wurden. Der Laichverkehr wurde abgelöst durch den Barverkehr. Diesen Namen verdiente er aber eigentlich nicht, denn die Verleger gaben meistens Kredit bis zur nächsten Messe. Die Sortimentler, die vom Verleger bezogen, erhielten von diesem einen Rabatt, der damals 20 Proz. nicht überstieg und hießen „Nettohändler“.

Der immer mehr steigende Bücherbedarf und die weitere geschäftliche Entwicklung des Buchhandels erforderte einen Bücherbetrieb auch in anderen Zeiten als zu den Messen. Größere Firmen, deren Wohnsitz nicht in den Messstädten war, richteten Lager ein und gaben ihrem Lagerhalter Vollmacht, auch zwischen den Messen „auszuliefern“. Besonders in Leipzig wurden solche Lager unterhalten und so entwickelte sich rasch der Kommissionbuchhandel, der sehr bald durch das Konditionssystem unterflüßt wurde. Dieses besteht darin, daß der Sortimentler vom Verleger Bücher erhält, die er nicht sofort zu bezahlen braucht. Vielmehr besitzt er das Recht, die nicht verkauften Exemplare bis zu einem bestimmten Termin zurückzuliefern zu dürfen. Der Sortimentler hatte also kein eigenes Risiko mehr, was für die weitere Entwicklung des Buchhandels von größter Bedeutung war.

Nach und nach spielten auch die Resttermine für den Vertrieb oder die Herausgabe neuer Bücher keine Rolle mehr, wohl aber noch für Geschäftsabschlüsse und Abrechnung. Leipzig war hierfür inzwischen die Zentrale geworden, die es heute noch ist.

Schon Ende des 17. Jahrhunderts macht sich das Bedürfnis einer buchhändlerischen Organisation geltend. Der hauptsächlichste Grund hierfür war wohl der notwendige Schutz gegen Raubdruck und Konkurrenz, die nicht dem Buchhandel angehörte; kam es doch früher vor, daß sich jedweder, ja der Krämer, der Waren des täglichen Bedarfs feilbot, mit dem Verkauf von Büchern befaßte. Nachdem einige Versuche, die Angehörigen des Buchhandels zusammenzufassen, mißlungen waren, konnte 1765 durch den Leipziger Buchhändler Reich die erste deutsche Buchhändlergesellschaft ins Leben gerufen werden. Leider ging sie aber schon nach zwei Jahren wieder ein.

Weitere Bemühungen in dieser Richtung geschahen von verschiedenen Seiten aus. So mietete der Leipziger Buchhändler Kummer 1792 ein gemeinsames Rechenbrennungstotal und arbeitete eine Geschäftsordnung für die Abrechnungen aus. Noch weiter darin ging der Potsdamer Buchhändler Horvath, der das große theologische Auditorium der Universität zu Leipzig als Abrechnungstotal mietete, das bald 40 Jahre lang als solches unter dem Namen „Buchhändler-Börse“ diente.

Das von Horvath privat geleitete Unternehmen wurde 1825, nachdem er die Leitung niederlegte, von den bisherigen Mitgliedern übernommen und unter dem Namen „Börsenverein der Deutschen Buchhändler“ weitergeführt. Der Sitz ist heute noch

Alle Renten für Unfälle, die sich vor dem 1. Juli 1924 ereigneten, werden auf der Grundlage der Reichsmark neu berechnet. Die bisher gezahlten Rentenzulagen fallen daher weg. Bei der Neuberechnung kann der Jahresarbeitsverdienst aus dem Jahre vor dem Unfall zugrunde gelegt werden; dabei erfolgt jedoch ein im Gesetz festgesetzter Zuschlag zum Ausgleich für den Unterschied im Geldwert zwischen der Zeit des Unfalles und der Jetztzeit. Die neue Rente kann aber auch nach dem heute geltenden Verdienst eines gleichwertig Beschäftigten berechnet werden.
S. Schwarzlopf.

Die deutsche Sozialversicherung.

Trotz der Bedeutung der deutschen Sozialversicherung herrscht noch in weiten Kreisen der Versicherten eine große Unklarheit. Namentlich über den Umfang der verschiedenen Versicherungszweige und ihren Leistungen. Unsere bestehende bildliche Darstellung soll unseren Kollegen und Kolleginnen eine Uebersicht über die verschiedenen Versicherungsarten, die Zahl der Versicherten, die Beitragseinnahmen

Knappschafftsversicherung, sowie für 1925 die Erwerbslosenfürsorge. Diese verschiedenen Zweige der deutschen Sozialversicherung hatten im Jahre 1913 eine Gesamteinnahme von 1,2 Milliarden Mark, denen eine Gesamtausgabe von 904 Millionen Mark gegenüberstand. 1925 betrug die Gesamteinnahmen an Beiträgen 2,1 Milliarden Mark, die Ausgaben für Leistungen 1,6 Milliarden Mark. Die Zahl der Rentenempfänger der Unfall-, Invaliden- und Knappschafftsversicherung betrug 1913 1,9 Millionen und 1925 4,2 Millionen. 1913 waren 101 234 und 1925 1 846 238 Witwen- und Waisenempfänger vorhanden.

Wohnungselend und Krankheitsbekämpfung.

Es ist in den letzten Jahren schon sehr viel über das Wohnungselend geschrieben worden. Man kann nicht sagen, daß dadurch eine wesentliche Besserung erzielt wurde. Das Publikum liest hin und wieder einzelne Ausschnitte aus diesem Kapitel und wenn es nicht gerade persönlich interessiert ist, wird die Angelegenheit bedauernd beiseite gelegt. Es ist nicht zuviel gesagt, daß zum allergrößten Teile diese Uninteressiertheit mit Schuld daran ist, daß so wenig auf diesem Gebiete getan wurde, obwohl genug Geld für andere Dinge angewandt wurde, die zum mindesten jetzt als überflüssig zu bezeichnen sind. Solange die Gleichgültigkeit in dieser Hinsicht nicht verschwindet, wird kaum mit einer grundlegenden Änderung zu rechnen sein.

Reich und Staaten, von diesen anderen Fragen in Anspruch genommen, versuchen gewiß mit den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln der dringendsten Not abzuhelfen. Indessen, diese Maßnahmen können nicht alles besorgen. Vielleicht wäre es anders, wenn den nicht von diesem Elend betroffenen Bevölkerungsteilen Näheres über die unaussprechliche Not derjenigen bekannt wäre, die darunter zu leiden haben. Ueberall da, wo Wohnungsenqueten vorgenommen wurden, ergaben sich Bilder, die erschütternd wirkten: unterernährte Menschen, in engen, dumpfen Räumen zusammengepfercht, voll Ungeziefer und mit den schlimmsten Volksleiden, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, behaftet.

Nicht nur in Großstädten wurden solche Zustände festgestellt, sondern auch in Mittel- und Kleinstädten und nicht zu vergessen auf dem Lande. Kein Wunder ist es da, wenn der Krankheitsbekämpfung Grenzen gesetzt sind, solange diese Bruchstätten der Krankheitsereger bestehen bleiben. Was muß selbst eine Heilanstalts- oder Krankenhausverpflegung, wenn nach ihrer Beendigung die gleichen Verhältnisse, die erst die Krankheit veranlassen, weiter bestehen bleiben. Dieser Teil unseres Volkes, er ist erheblich groß, muß aus dem Dahinvegetieren herausgehoben werden und ein menschenwürdiges Dasein erlangen, wenn wirklich die Maßnahmen der Volksleidenbekämpfung wirkungsvoll sein sollen. Die erste Vorbedingung dazu ist die Errichtung gesunder Wohnungen. Alle an der Durchführung dieser Maßnahmen Interessierten, Reich, Staat, Gemeinde, Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsanstalten für Angestellte usw., müssen alle Kräfte anspannen, um positive Ergebnisse zu zeitigen. Dadurch wird auch die Wirtschaftskrise teilweise günstig beeinflusst werden.

Reiche Herzen erleben viel in kurzer Zeit.

Unsere geliebten Kinder blühen vortrefflich und tragen keine Früchte.

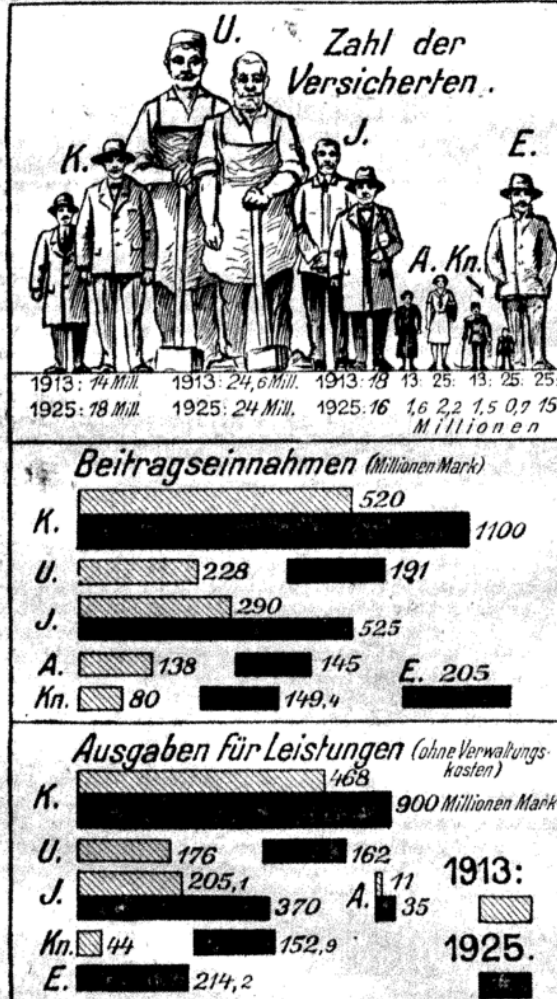
Gewerbekrankheiten als Betriebsunfall.

Dem schon jahrelang anhaltenden Drängen der unfallversicherten Arbeiter ist es endlich im vorigen Jahre gelungen, die Einbeziehung verschiedener Gewerbekrankheiten in die Unfallversicherung durchzusetzen. Nachdem nun diese Vorschriften in Kraft getreten sind, hat sich gezeigt, daß, wie es immer bei neuen Gesetzen der Fall ist, die beabsichtigte Wirkung noch nicht erzielt werden konnte. Das liegt zum Teil auch an der Schwierigkeit der Materie, da nicht immer ohne weiteres das Erkennen einer Krankheit als Berufskrankheit möglich ist. Der Hauptteil dieser Arbeit wird selbstverständlich bei den Ärzten liegen, die die Versicherten behandeln. Ein großer Teil, man kann fast sagen, die Mehrzahl aller Ärzte, ist bis jetzt noch nicht so ausgebildet, daß ihnen das Erkennen dieser Krankheiten möglich ist. Nachdem ihnen aber die Pflicht zur Meldung der Gewerbekrankheiten übertragen wurde, ist es notwendig, daß in allererster Linie die Ärzte sich mit dieser Frage beschäftigen. Auch die Versicherten selbst sind im eigenen Interesse verpflichtet, dann, wenn sie annehmen, daß ihre Erkrankung aus Gewerbekrankheit anzusehen ist, bei der Inanspruchnahme eines Arztes diesen darauf hinzuweisen, damit von ihm die erforderlichen Schritte veranlaßt werden können. Auch die Krankenkassen, die durch die Krankmeldung der einzelnen Mitglieder einen Einblick in diese Verhältnisse haben, werden gut daran tun, ihr Augenmerk darauf zu richten, da auch sie ein Interesse daran haben, daß die durch Gewerbekrankheiten entstehenden Kosten von den Trägern der Unfallversicherung übernommen werden. Zur Bekämpfung der Gewerbekrankheiten und zur Sicherung der Ansprüche der Versicherten ist es unbedingt notwendig, daß alle Beteiligten daran mitarbeiten, da nur auf diese Weise die beabsichtigten Erfolge erzielt werden können. Es ist daher dringend erforderlich, daß man sich mehr als bisher damit beschäftigt und insbesondere in zweifelhaften Fällen Nachforschungen darüber anstellt, ob tatsächlich eine Gewerbekrankheit vorliegt.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an seine unorganisierten Mitarbeiter weiter.

Arbeitslose, wahret eure Rechte!

Wir haben zahlreiche Erwerbslose, die infolge der andauernden Wirtschaftskrise ein Jahr, sogar noch länger, arbeitslos sind. Solange diese Kollegen noch von der Erwerbslosenfürsorge betreut wurden, hielten letztere auch die Versicherung bei der Krankenkasse aufrecht. Sobald aber die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge erschöpft sind, hört auch die Betreuung in Versicherungsfragen auf. Gewöhnlich werden die Ausgesteuerten dem Wohlfahrtsamt überwiesen. Von diesem Zeitpunkt an müssen die einzelnen Kollegen und Kolleginnen selbst darauf achten, daß ihnen nicht wichtige Rechte verloren gehen. Wir denken hierbei an die Invalidenversicherung. Wer zwei Jahre hindurch hierfür keine Beiträge zahlt, scheidet aus der Versicherung aus! Die Anwartschaft kann aber erhalten werden, wenn der Versicherte alljährlich zwanzig Wochenbeiträge zahlt. Es muß sich also jeder Versicherte seine letzte Versicherungsart besorgen, dann kann er zu beliebiger Zeit bei den Postanstalten die Beitragsmarken kaufen und einkleben. Nun wird der Arbeitslose in den wenigsten Fällen in der Lage sein, diese Anerkennungsbeiträge aus eigener Tasche zu zahlen. Vielfach läßt sich nun durch einen Antrag beim Wohlfahrtsamt erreichen, daß dieses die Kosten übernimmt oder solange vorstreckt, bis der Antragsteller wieder Arbeit und Lohn gefunden hat.



Die deutsche Sozialversicherung.

K.=Kranken-Versicherung, U.=Unfall-Vers., J.=Invaliden-Versich., A.=Angestellten-, Kn.=Knappschaffts-, E.=Erwerbsl.-fürs. und die Ausgaben für Leistungen geben. Die Statistik bringt eine Zusammenstellung der Zahlen von 1913 und 1925, wodurch ein Vergleich der beiden Jahre und damit der Vorkriegs- und Nachkriegszeit möglich ist. In der Zeichnung sind erfasst die Versicherten der Krankenkassen, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und

Die Ansteckungsfähigkeit der Tuberkulose.

Ueber dies wichtige Thema macht der Generalsekretär des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, Generaloberarzt Dr. Helm, in der „Deutschen Krankentafel“ u. a. folgende Ausführungen:

Die Erkenntnis der Ansteckungsquellen und der Ansteckungsweg haben uns auch die Mittel zu ihrer Verhütung in die Hand gegeben. Wenn wir den Auswurf des Tuberkulösen desinfizieren, dann kann er keine Ansteckung mehr hervorrufen. Und wenn wir den Tuberkulösen dazu anhalten, daß er seine Umgebung nicht anhauset, sondern sich beim Husten abwendet und das Taschentuch vorhält, dann werden keine Hustentropfen verpflücht, die einen in der Nähe befindlichen Menschen gefährden könnten. Die Tuberkulose ist lediglich deshalb so verbreitet in unserm Volke, weil diese einfachen Verhütungsregeln noch nicht allgemein bekannt sind und infolgedessen meistens außer acht gelassen werden. Durch Aufklärung über die Ansteckungsgefahr bei der Tuberkulose, durch sorgfältiges Auffangen und Desinfizieren des Auswurfs und durch Verhinderung des Anhaufens oder Anhausetens können wir eine Weiterverbreitung der Erkrankung von dem Kranken auf seine Umgebung mit Sicherheit verhüten.

Daß diese Verhütungsmaßnahmen in einem Lungenanatorium auf das peinlichste durchgeführt werden, ist etwas durchaus Selbstverständliches. Unsere Heilanstaltensärzte und Sanatoriumsleiter haben von jeher neben der Krankenbehandlung ihre Hauptaufgabe darin gesehen, Erzieher des Volkes zu sein, d. h. den vielen Kranken, die in stetem Wechsel durch ihre Anstalten gehen, alles das mitzuteilen und durch immer wiederholte Belehrung einzuprägen, was sie zum Schutze ihrer Umgebung und zur Erhaltung ihrer Gesundheit von der Tuberkulose wissen müssen. Man kann deshalb mit Zug und Recht sagen, daß die Ansteckungsgefahr hinsichtlich der Tuberkulose nirgends geringer ist als in einer Lungenheilstätte und daß die Infassen einer solchen Anstalt infolge der ihnen vom ersten Tage an zuteil werdenden Belehrung weit ungefährlicher sind als die außerhalb der Heilstätte lebenden Lungenkranke, die oftmals ihren Zustand gar nicht kennen und die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen teils aus Unwissenheit, teils aus Gleichgültigkeit vernachlässigen.

Für Ueberanfälle, die immer, wenn sie von Bazillen hören, auch die Ansteckungsgefahr für unvermeidlich halten, ist noch die Bemerkung einzuschalten, daß Tuberkelbazillen zwar im geschlossenen Raume, zumal an dunklen Stellen, längere Zeit lebensfähig bleiben können — so erklärt sich vielleicht manchmal eine Wohnungsinfektion — aber im Freien, an Stellen, wo Sonne und Wind hinfommen, durch Austrocknung schnell abgetötet werden. Es entsteht also durchaus nicht gleich eine Ansteckungsgefahr, wenn wirklich einmal ein Tuberkulöser — entgegen der ihm erteilten Weisung, stets sein Spuckfläschchen zu benutzen — auf der Straße oder auf dem Waldspaziergang auf den Boden spuckt. Auch über das Umherfliegen der beim Husten mit den sogenannten Hustentropfen versprühten Tuberkelbazillen darf man sich keine übertriebenen Vorstellungen machen. Es ist durch sorgfältige Untersuchungen festgestellt, daß diese Tröpfchen, die klein und für gewöhnlich unsichtbar sind wie fein verteilter Wasserdampf, zwar kurze Zeit — in der Regel nur Minuten oder Bruchteile von Minuten — in der Luft schweben können, daß sie aber nicht weiter als bis auf Armlänge von dem Kranken versprüht werden, so daß selbst bei dem unvorsichtigen Kranken, der, ohne das Tuch vorzuhalten, freimweg hustet, eine Ansteckungsgefahr nur in unmittelbarer Nähe besteht.

jede Form besondere Farbwerke und zwei Zylinder, zwischen denen durch eine höchst sinnreiche Vorrichtung der auf der einen Seite bedruckte Bogen zwischen Bändern auf den anderen Zylinder übergeführt und auf der anderen Seite bedruckt wurde. Diese Maschine wurde im Februar 1816 in der Druckerei von Bensley und Sohn aufgestellt. Sie lieferte 900 bis 1000 auf beiden Seiten bedruckte Bogen in der Stunde.

Es währte nicht lange, so versuchten englische Mechaniker und Buchdrucker, neidisch über die so reichen Gewinn versprechende Erfindung, durch Abänderungen an vollständig unwesentlichen Teilen der Maschine das Patent Königs unwirksam und sich die Ehre einer bedeutenden Verbesserung zu eigen zu machen. Auch Königs erster Genosse, Thomas Bensley, trat gegen ihn auf, und wenig fehlte, so wäre König um seine Erfindung betrogen worden.

Die immerwährenden Schikanen ließen jedoch König und Bauer nicht zur Ruhe kommen und machten ihnen den Aufenthalt in England unerträglich, so daß sie sich entschlossen, nach Deutschland zurückzuziehen. Diesen Entschluß führten sie denn auch 1817 aus. In Deutschland kauften sie das bei Würzburg belegene ehemalige Kloster Oberzell und gründeten dort eine Maschinenfabrik. Große Schwierigkeiten bot ihnen die Heranziehung der geeigneten Arbeitskräfte, waren doch Maschinenarbeiter in Deutschland so gut wie unbekannt. So sahen sich denn die beiden energischen Männer gezwungen, Landleute und Bauernburschen anzufuern. Am 1. November 1823 machte die „Hand- und Spencereische Berliner Zeitung“ bekannt, daß sie von nun an auf zwei von König u. Bauer gelieferte, durch Dampf betriebene Schnellpressen gedruckt werde. Die Geheime Oberhofbuchdruckerei von Deder in Berlin schaffte gleichfalls zwei Schnellpressen an. Die „Mugsburger Allgemeine Zeitung“ und der „Hamburger Korrespondent“ waren die nächsten größeren Zeitungen, die auf Schnellpressen von König u. Bauer gedruckt wurden. In Frankreich wurde die erste Schnellpresse im Jahre 1823 durch englische Maschinenbauer eingeführt, erst zehn Jahre später kam die Schnellpresse auch in Wien in Verwendung. Bis zum Jahre 1829 hatten König und Bauer bereits 51 Schnellpressen fertiggestellt; sie beschäftigten in ihrer Fabrik die für jene Zeit sehr große Zahl von 120 Arbeitern. Nach allen Ländern Europas gingen König u. Bauersche Maschinen, überall Anerkennung und Bewunderung findend.

1826 führten die beiden die bis dahin in Deutschland unbekannt Papierfabrikation ein und errichteten in dem ehemaligen Kloster Schwarzach eine Papierfabrik. Wie bei allen Erfindungen, so fanden sich auch hier mehrere Leute, die König die Priorität seiner Erfindung streitig machten; und mehrere Male mußte König Erklärungen an das Publikum erlassen, worin er sein Recht wahrte.

König erlebte noch manche traurige Tage. Nicht nur die politischen Unruhen und Wirren waren es, die sein ganzes mühsam aufgebautes Werk zu zerstören drohten, sondern auch die Verblendung der deutschen Druckerhelfen — die vielfach der Ansicht waren, durch die Einführung der Schnellpresse würden sie brotlos und demzufolge verschiedentlich die aufgestellten Maschinen zerstört — bereitete dem Erfinder manche Sorge. Am 17. Januar 1833 starb König an einem Herzschlage. Auf dem Friedhofe in Oberzell, nicht weit von der Stätte seines Schaffens, ist sein Grab, auf dessen Stein die Worte stehen:

„Vorwärts drängt der Geist
Und die Presse hat zehnfaches Tagewerk —
Daß sie genüge dem Dienst,
Hast du ihr Flügel geformt.“

Fritz Hansen - Berlin.

Internationales.

Italien. Der Internationale Sekretär, Kollege Hochstrasser berichtet in der letzten Nummer der Schweizer Verbandszeitung folgendes über den derzeitigen Stand der Buchbinderbewegung in Italien:

In Nummer 21 des „Mitteilungsblattes“ haben wir einen Bericht über die Auflösung der freien italienischen Gewerkschaften abgegeben und darauf hingewiesen, daß unter den gegebenen Umständen nur die faschistischen (gesetzlich anerkannten) Gewerkschaften weiterexistieren können.

Inzwischen hat sich das Verhältnis so geändert, daß nachträglich die Regierung ihre Einwilligung zur Neugründung eines freien Gewerkschaftsbundes gab, selbstverständlich unter den Bedingungen, wie sie die Gesetze zulassen. Wenn auch die letzteren eine freie, ungehinderte Entwicklung von selbständigen Arbeiterorganisationen enorm erschweren, ja fast unmöglich machen, dann hat doch der Gedanke, die Aussicht, die alten Gewerkschaften wieder aufleben zu lassen, sofort wieder Tausende zusammengeführt. Der neue Gewerkschafts- und in Italien auf der Basis der freien Gewerkschaftsbewegung besteht; bereits sind ihm wieder einige Verbände angeschlossen. Auch die graphische Arbeiterschaft ist nicht zurückgeblieben. Es war möglich, die drei Gewerbe zu einem polygraphischen Verband zusammenzuschließen. Die alten Verbände der Lithographen und der Buchbinder sind vollständig aufgelöst, wogegen die Buchdrucker sich unter die faschistische Kontrolle stellen lassen. Auch den erstern wurde das Angebot gemacht, sich unter die Oberaufsicht von faschistischen Kommissären zu stellen; sie lehnten strikte ab. Die Buchdrucker erhoffen durch ihre Angliederung an die faschistischen Gewerkschaften die vollständige Erhaltung ihres alten Verbandes, der über ein ziemlich großes Vermögen verfügt, ist der letztere Umstand der Bewegung des Hinüberschwenkens, dann stellt fest, daß sie den materiellen Rücksichten gegenüber den ideellen den Vorzug geben. Allerdings nach den erschienenen Zeitungsberichten über eine im Februar stattgefundene Delegiertenversammlung der Buchdrucker geht deutlich hervor, daß ein guter Teil des Verbandes mit dem Vorgehen ihrer Zentrale nicht einigzugehen scheint, wenn auch ihr Generalsekretär in einem ergebenen Schreiben dem Ministerpräsidenten Mussolini meldet, daß die italienischen Buchdrucker sich mit 56 gegen 22 Stimmen dem nationalen (faschistischen) Verband angeschlossen hätten. Die Beurteilung, ob die Leitung der Buchdrucker richtig gehandelt hat oder nicht, wird der Zukunft überlassen werden müssen. Wir haben lediglich von dieser Sachlage erwähnt, um festzustellen, aus welchen Gruppen der polygraphische Verband heute besteht. Dazu muß immerhin gesagt werden, daß in den bereits neugegründeten 28 Sektionen namhafte Gruppen Buchdrucker organisiert sind, die der Leitung ihres alten Verbandes nicht Folge leisten. Der neue Verband versucht ebenfalls, das Unterstützungswesen einzuführen. Gelingt ihm dies, dann wird sich sein Mitgliederbestand wesentlich erhöhen.

Dem neuen Verband sind ungefähr 7000 Mitglieder angeschlossen; der hauptsächlichste Teil rekrutiert sich aus den nördlich gelegenen Städten Italiens, wo ohnehin eine starke Abneigung herrscht gegenüber den faschistischen Gewerkschaften. Der neue Versuch, freie Verbände zu schaffen, zeugt von guter gewerkschaftlicher Ueberzeugung. Bestände nicht für viele die Gefahr des Arbeitsloswerdens durch Eintritt in die freie Gewerkschaft, dann wäre der Bestand jedenfalls ein bedeutend größerer. Trotzdem die Leitung der neuen Organisation die beste Hoffnung auf weitere Erfolge hat, ignoriert sie keineswegs die großen damit verbundenen Schwierigkeiten. Sie hat mit Ueberraschungen zu rechnen, die ihre ganze Tätigkeit wieder in Frage stellen können. Diese Ueberlegungen und Tatsachen lassen denn auch sehr schwer voraussehen, ob die ganze Aktion endgültig gelingen wird. Einzelheiten können vorläufig in dieser Sache nicht veröffentlicht werden. Die Möglichkeit ist jedoch vorhanden, daß in einer späteren Nummer unserer Zeitung detaillierter auf die ganze Bewegung eingegangen werden kann. H. H.

Frankreich. Die französischen Buchbinder haben keine eigene Gewerkschaft, sondern sie gehören der „Französischen Buchdrucker-Gewerkschaft“ (Fédération française des travailleurs du Livre) an. Diese zählt 32 000 Mitglieder. Es ist in Paris so eingerichtet, daß die Gewerkschaften, die nur über wenig Mitglieder und daher auch über wenig Geldmittel verfügen, ihr Bureau in der von der Stadt Paris gestifteten „Arbeitsbörse“ aufschlagen. In den fünf Stockwerken der „Arbeitsbörse“ findet sich Bureau neben Bureau von der

Ein Jubiläum der deutschen Papierfabrikation. (Schluß.)

Am 28. November 1814 erschien in den „Times“ die erste öffentliche Bekanntmachung von der Zeitungsdruckmaschine, und am folgenden Tage wurde in einer längeren Ansprache dem Publikum nähere Mitteilung gemacht von „der größten Verbesserung, die je die Buchdruckerkunst gesehen“.

In den letzten Tagen des Jahres 1814 erhielt König das Patent auf eine Schön- und Wiederdruckmaschine (Komplettdruckmaschine). Dieselbe hatte für

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 19. Wochenbeitrag für 1926 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaft in buntem Durcheinander. Denn in Frankreich gibt es eine besondere kommunistische Gewerkschaft, die leider oft genug jede Arbeitnehmerbewegung durch eigensüchtige Zersplitterungsbestrebungen zur Ohnmacht verurteilt. Die Buchdruckergewerkschaft ist jedoch eine der wenigen glücklichen, die stark genug waren, um sich ein eigenes Heim zu gründen. In schönen großen Räumen arbeiten da die Sekretäre der Gewerkschaft für ihre Kameraden, statt sich in die engen Räume der Arbeitsbörse einperchen zu lassen. Leider sind aber gerade von den französischen Buchbindern die meisten nicht organisiert und die Kämpfe, um die unorganisierten für die Gewerkschaft, d. h. für die Verteidigung ihrer eigenen Interessen zu gewinnen, sind hart. Sie sind es ganz besonders auf französischem Boden, da der Franzose nicht die Organisationsgabe der Deutschen besitzt. Es gehören der Buchdruckergewerkschaft etwa 2000 Buchbinder an. Ihr Lohn ist ungefähr genau so hoch wie der für die Typographen, d. h. 5 Franken pro Stunde (0,70 Mark). Seit dem 1. Mai ist man mit Streikgedanken befaßt, da die Buchbinder jetzt 5,50 Franken fordern, während der Arbeitgeber nur 5,05 Franken bewilligen wollen und bereit sind, um die Differenz von 45 Centimes lieber einen Streik in Kauf zu nehmen.

So ein Streik ist in Frankreich leider eine sehr gefährliche Sache, da zum Unglück die Organisationen nicht groß genug und Streikkassen nicht vorhanden sind. So hatte vor einer Woche ein in Orléans zwei Monate lang tapfer durchgehaltener Streik einen sehr traurigen Ausgang: Er war erfolglos und verärgert über die unnachgiebigen Arbeitgeber kehrten die Buchbinder zu Orléans wieder an ihren Arbeitstisch zurück mit dem festen Versprechen, für ihre Gewerkschaft künftig mehr zu tun. Denn gerade dieser mißlungene Streik zeigte die Notwendigkeit eines starken Zusammenschlusses.

In der Provinz sind die Lebenskosten bedeutend billiger als in Paris. Dementsprechend sind auch die Löhne in der Provinz geringer als die in der Hauptstadt. Derselbe Buchbinder, der in Paris seine 40 Franken verdient, bekommt in der Provinz für die gleiche Arbeit nur 22, 26 oder im Höchstfall 30 Franken.

Der französischen Buchdruckergewerkschaft sind jedoch nur die Buchdrucker und Buchbinder angeschlossen und nicht die Arbeiter der Papierfabriken. Diese haben keinerlei Zusammenschluß. Die Papierfabriken befinden sich außerdem nicht in Paris oder in dessen Nähe, sondern im Südwesten Frankreichs, bei den Alpen, bei Voiron und bei Grenoble. Diese Papierarbeiter verdienen außerordentlich wenig. Sie werden nach Strich und Faden ausgebeutet, wozu der Arbeitgeber eben wegen ihrer Organisationslosigkeit alle Mittel in der Hand hat. Sie verdienen vielleicht 20 Franken pro Tag, vielleicht auch das nicht einmal, und bei immer stärker werdenden französischen Inflation werden diese Hungerlöhne von Tag zu Tag drückender. Es ist noch ein kleiner Trost darin zu suchen, daß es in Frankreich nur wenige Papierfabriken gibt.

Berichte.

Dresden. Unsere Vierteljahrsversammlung vom 27. April gestaltete sich zu einem Ehrentag für unseren verdienten Kollegen Heinrich Lange. Zunächst trat man in die Tagesordnung ein und Genosin Stolz hielt einen Vortrag über „Gemeinsame Interessen von Mann und Frau“. Schonungslos kritisierte die Rednerin die Fehler der arbeitenden Frau, unterließ es aber auch nicht, den Männern einen Spiegel ihrer Schuld vorzuhalten gegenüber ihren Mitarbeiterinnen sowohl, als auch gegenüber den eigenen Familienangehörigen. Der starke Beifall bewies, daß die

Referentin von den Kolleginnen und Kollegen richtig verstanden worden war.

Nun nahm Kollege Scheibe das Wort, um unserem bewährten Vorkämpfer Heinrich Lange die Glückwünsche und den Dank der Jobhülle zu einem Doppelsubstitut darzubringen. Vor 40 Jahren kam Kollege Lange zu Fuß aus seiner norddeutschen Heimat nach Dresden, schloß sich der damals noch lokalen Organisation der Buchbinder an und hat seitdem unausgesetzt als ehrenamtlicher Funktionär wie auch als Verbandsangestellter seine ganzen Kräfte in den Dienst der Kollegenschaft gestellt. Vor 20 Jahren, ein Jahr nach dem großen Streit der Buchbinder in Dresden, wurde unser Verbandsbureau unter zunächst noch primitiven Verhältnissen begründet und Kollege Lange wurde als dessen erster Geschäftsführer gewählt. In vorbildlicher Weise hat es der Jubilar verstanden, aus diesen kleinen Verhältnissen heraus die Jobhülle Dresden zu ihrer jetzigen Bedeutung emporzuführen. Als Scheibe unter jubelndem Beifall geendet, wurde dem Jubilar als äußeres Zeichen der Anerkennung ein prachtvoller Blumenkorb überreicht, während Sänger des Volksmännerchors, dessen langjähriges Mitglied und Mitbegründer Lange ebenfalls ist, das Weibessed „Dies ist der Tag der Freud“ anstimmten. Für die Kolleginnen sprach Kollegin Weinhild Worte der Anerkennung und Dank für treue Führerschaft. In großer Bewegung dankte Kollege Lange für diese Ehrung, die ihm vollkommen unerwartet gekommen sei. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Kollegenschaft auch in Zukunft fest und treu zusammenstehe.

An eine weitere Durchführung der vorgesehenen Tagesordnung war nun nicht mehr zu denken. Auf Vortrag der Vierteljahrsberichte, die übrigens gedruckt vorlagen, wurde verzichtet, lediglich einige geschäftliche Mitteilungen wurden noch entgegengenommen. Den Rest des Abends füllten Vorträge der Sänger und eines Arbeitermandamentklubs aus. Es kann wohl gesagt werden, daß dieser Abend nicht nur dem Gefeierten, sondern auch sämtlichen Anwesenden einen starken Impuls gegeben hat, nicht zu erlahmen im Kampf für unsere Ziele.

Hannover. Am 27. April fand unsere vierteljährliche Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht gab Kornacker. Die Mitgliederbewegung ergab einen Bestand am Ende des Quartals von 625 männl. und 1373 weibl., zusammen 1998 Mitglieder. Infolge Differenzen in einzelnen Betrieben waren fünf Verhandlungen mit den Arbeitgebern erforderlich. Zum Osterfest hat die Ortsverwaltung den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen eine Ertraunterstützung in Höhe von 50 Proz. der statutarischen Unterstützung aus lokalen Mitteln zur Auszahlung gebracht. Die Ausgesteuerten erhielten den gleichen Betrag und dazu aus gesammelten Geldern die männlichen 5 Mk. und die weiblichen 3 Mk. Auf Antrag der Ortsverwaltung genehmigte die Versammlung nachträglich diese Ausgabe.

Kornacker gab dann einen Bericht über die Entwicklung unserer Jugendgruppe, für die bisher sechs Zusammenkünfte und eine Werberversammlung abgehalten wurde. Der Bericht wurde mit lebhaftem Interesse aufgenommen und rief eine ausgiebige Aussprache hervor. Zur bevorstehenden Maifeier berichtet Kornacker, daß die Großbetriebe durchweg und auch eine Anzahl Kleinbetriebe die Arbeitsruhe beschlossen hätten, notwendig sei es nun, daß auch alle Feiernden sich am Demonstrationszuge beteiligen. Es wurde beschlossen, gemeinsam mit den übrigen graphischen Verbänden anzutreten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Bewerbungen für die Arbeiterakademie. Neue Dispositionen des ADGB. machen eine Abkürzung des Termins für die Bewerbungen um Teilnahme am Unterricht in der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. notwendig. Die Bewerbungen haben nicht Zeit bis zum 30. Juni, sondern sie müssen spätestens bis zum 29. Mai an die Gauleiter eingereicht werden.

Abrechnungen

Vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 4. Mai bei der Verbandskasse ein von:

Rottbus 382,— Mk., Spremberg 230,— Mk., = Postka 201,95 Mk., = Gau Hannover 850,— Mk., Braunschweig 2062,60 Mk., Hannover 2350,— Mk., Minden 112,95 Mk., = Gau Rheinland-Westfalen 46,95 Mk., Warmen-Eberfeld 62,25 Mk., Bochum 500,— Mk., Essen 1690,65 Mk., Gelsenkirchen 100,— Mk., Solingen 0,60 Mk., = Aachen 100,— Mk., Düren 80,— Mk., = Hanau 250,— Mk., = Eisenach —,— Mk., Gotha 352,65 Mk., Rudolstadt 80,— Mk.,

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht verjäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Kollege Sackewitz brachte die Mißstimmung mehrerer älterer Kollegen zum Ausdruck, daß der Verbandstag eine Verlängerung der Karenz zum Bezug der Invalidenunterstützung beschlossen habe. Kornacker erklärte dazu, daß dieser Beschluß nach reiflicher Erwägung gefaßt worden sei, nachdem die Berechnungen des Verbandsvorstandes über die Inanspruchnahme des Invalidenunterstützungsfonds die Notwendigkeit dazu erwiesen hätten. Im übrigen sei zu bedauern, daß diese Angelegenheit nicht vor der Tagung des Verbandsrates zur Sprache gekommen sei. Die Annahme, daß damit eine Bestrafung der älteren in den Verband eingetretenen Kollegen beabsichtigt sei, sei irrig. Von mehreren Kollegen wurde mitgeteilt, daß die Geschäftsbücherfabriken den Befall der besseren Bestimmungen im „Api“-Tarif zum Anlaß nehmen, um den Betriebsbüchern die bisherigen Ferien zu kürzen. Kornacker teilt dazu mit, daß bei den fraglichen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium einer der Arbeitgeber erklärt habe, daß diese Angelegenheit von den Arbeitgebern höchstwahrscheinlich mit der größten Loyalität behandelt werden würde, denn man wolle die älteren für die Betriebe wertvollsten Arbeitskräfte damit natürlich nicht schädigen. Diese Erklärung habe bei den übrigen anwesenden Arbeitgebern verständnisvolles Kopfnicken verursacht. Die Maßnahme der hiesigen Arbeitgeber läßt von dieser Loyalität nichts erkennen. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten wurde die sehr interessante und anregend verlaufene Versammlung, der nur ein besserer Besuch zu wünschen gewesen wäre, geschlossen.

Inhaltsverzeichnis.

Aufgaben unserer Gewerkschaften I. Sozialpolitik und Produktion.
Wir fordern Mitbestimmung an der Wirtschaftsführung
Der Buchhandel in alter und neuer Zeit.
Um die Gesundheit des Volkes!
Aus der Praxis des Linierers.
Wo verbringe ich meine Ferien: Ferien. — Unentgeltliche Lauschquartiere für die Dauer des Urlaubs.
Sinnfrage.
Aus der Sozialversicherung: Fabrikgang (Gedicht). — Die neue Unfallversicherung. — Die deutsche Sozialversicherung (mit Schaubild). — Gewerbetrankeiten als Betriebsunfall. — Wohnungselend und Krankheitsbekämpfung. — Arbeitslose, wahre eure Rechte!
Die Anstellungsfähigkeit der Tuberkulose.
Ein Jubiläum der deutschen Papierfabrikation II.
Internationales: Italien. — Frankreich.
Berichte: Dresden. — Hannover.
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Bewerbungen für die Arbeiterakademie. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zeig —, = Gau Sachsen 78,60 Mk., Aue i. Erggeb. 60,80 Mk., Burgstädt 342,80 Mk., Chemnitz 859,45 Mk., Freiberg i. Sa. —, = Mk., Blauen i. B. 540,— Mk., Raskau —, = Mk., = Gau Württemberg und Baden 634,50 Mk., Freiberg i. Br. 550,— Mk., Karlsruhe 330,30 Mk., Laß i. B. —, = Mk., Pforzheim 140,— Mk., Reutlingen 460,— Mk., Stuttgart 1500,— Mk., = Gau Nordbayer 1072,30 Mk., Nürnberg-Fürth 1525,70 Mk., Würzburg 600,— Mk.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.
Augsburg. B. und K.: Joh. Stegmann, Mittelstraße 7 IIII.
Effen (Ruhr). B.: F. Bielefeld, Heimaldankstr. 32.
K.: F. Brod. Grabenstr. 67 (Volkswacht).
Reutlingen. B.: Ch. Bitterling, Leonhardstr. 8.
K.: R. Kusmaul, Bellingen bei Reutlingen, Griefinger Straße 61 p.

Der Verbandsvorstand.